

MAZ
24.10.
2013

„Das Schreiben stimmt uns traurig“

Gedenkstättenleitung der Lindenstraße zu erneuter Kritik

Von Volker Oelschläger

INNENSTADT | Nach erneuter Kritik eines NS-Opferverbandes im Zusammenhang mit der unlängst eröffneten Ausstellungsabteilung über die Geschichte der Lindenstraße 54 in der NS-Zeit antwortet nach mehrfachen Reaktionen durch die Stadtverwaltung erstmals die Gedenkstättenleitung: „Das Schreiben der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz stimmt uns traurig, da wir das Verhältnis bei der Vorbereitung der Ausstellung als konstruktiv und positiv empfunden haben und die Bundesvereinigung umfassend einbezogen war.“ Der Vorsitzende der Bundesvereinigung, Ludwig Baumann, hatte in einem der MAZ vorliegenden Schreiben an den Oberbürgermeister Kritik am Prozedere und an der Kommunikation der Gedenkstätte mit den NS-Opferverbänden bekräftigt.

Baumann erklärte, der Verband sei nicht in die Erarbeitung der Dauerausstellung einbezogen worden, Ausstellungstexte seien mit der Vereinigung nicht vorab abgestimmt worden. Die Gedenkstättenleitung hingegen sprach in ihrer Reaktion von einem „regenschriftlichen Gedankenaustausch“: „Von der Geschäftsstelle der Bundesvereinigung zur Verfügung gestelltes Material wurde ausgewertet und floss in die Erarbeitung der Ausstellungstafeln mit ein. Die Ausstellungstexte wurden von den Gedenkstättenmitarbeitern unter der wissenschaftlichen Leitung des Zentrums für Zeithistorische Forschung erstellt. Eine Abstimmung der Texte war auf Grund der vorhandenen Expertise und des einvernehmlichen Verhältnisses unserer Ansicht nach nicht erforderlich“ und „zudem auch nicht üblich“.

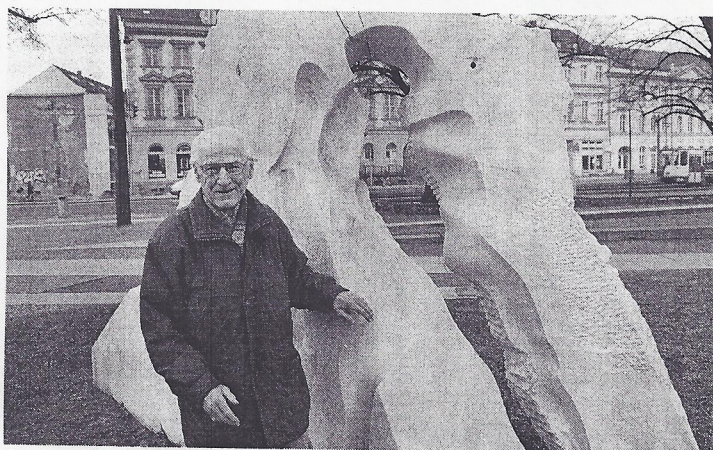
Baumann bekräftigte den Vorwurf, der Verband sei nicht zur Ausstellungseröffnung eingeladen worden (MAZ berichtete), anderslautende Behauptungen der

Gedenkstättenleitung entsprächen nicht den Tatsachen. Der Verband bitte um öffentliche Richtigstellung. Ausweislich der Einladungsliste, so entgegnet die Gedenkstättenleitung, seien „persönliche Einladungen zur Ausstellungseröffnung sowohl an den Vorsitzenden als auch an den Geschäftsführer der Bundesvereinigung versandt worden. Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass die versandten Einladungen offenbar nicht angekommen sind“.

Baumann kritisiert, „bis heute“ habe der Verband „keine Information, ob auf unsere Änderungswünsche und Forderungen eingegangen werden soll“. Dies betreffe insbesondere einen anderen Namen für die Gedenkstätte und einen separaten Gedenkort für Opfer des NS-Regimes. Aus Erfahrungen in anderen Städten „wissen wir, dass sich unter den nach 1945 Inhaftierten auch zahlreiche NS-Täter befanden“.

Laut Gedenkstättenleitung wurden Forderungen und Änderungswünsche der Bundesvereinigung bei der Überarbeitung der Konzeption im Sommer 2012 berücksichtigt. Das Ergebnis sei der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2012 vom Oberbürgermeister als Arbeitsgrundlage für die Gedenkstätte zur Kenntnis gegeben und auf der Website der Landeshauptstadt veröffentlicht worden.

Im Unterschied zur Bundesvereinigung habe sich eine Mehrheit der Einrichtungen, die sich an der Anhörung zur Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße beteiligten, für die Beibehaltung des Namens als „Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ ausgesprochen, weil sie alle Opfergruppen aus den unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland einschließe. Schließlich gebe es „keine gesellschaftliche Gruppe, die sich für die Gedenkstätte Lindenstraße engagiert, die in ihr Opfer-Gedenken Nazi-Verbrecher einschließt“.



Der einstige Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann am Deserteursdenkmal auf dem Platz der Einheit.

ARCHIVBILD: BERND GARTENSCHLÄGER